NR. 29 / APRIL 2022

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

GRÜNE
BASELLAND & BASEL-STADT

› **BIODIVERSITÄTSVERLUST:** EINE STILLE KRISE S. 3

› **ABSTIMMUNGEN:** PAROLEN FÜR DEN URNENGANG AM 15. MAI S. 6

› **JGB:** UNTERSTÜTZUNG FÜR JUGENDLICHE IN DER PANDEMIE S. 9

Inhalt und Impressum

2 Editorial

3 Thema: Biodiversitätsverlust

6 Abstimmungen national

8 Abstimmungen BL

9 JGB Nordwest

10 Aus den Kantonen: BL

11 Aus den Kantonen: BS

12 Vermischtes

Grünwärts – Infobulletin der GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: GRÜNE Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Nadine Freiermuth Samardžić, Helma Pöppel, Michael Durrer, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: bc medien ag

Gedruckt auf Nautilus, 100% Recycling, Blauer Engel

Erscheint 4-mal pro Jahr, Auflage 2500 Ex.

Redaktionsschluss: 28. März 2022

Nächste Ausgabe: August 2022

Editorial

DIE KLIMAKRISE IST AUCH EINE BIODIVERSITÄTSKRISE

Vor einem Monat sprach sich die Delegiertenversammlung der GRÜNEN Schweiz in Ziegelbrücke (GL) einstimmig für die Lancierung einer Klimafonds-Initiative aus, mit welcher der Bund verpflichtet würde, jährlich zwischen 0,5 und 1 Prozent des BIP – also 3,5 bis 7 Milliarden Franken – in den dringend notwendigen ökologischen Umbau der Schweiz zu investieren.

Denn der neuste Bericht des Weltklimarats IPCC zeigt einmal mehr schonungslos auf, was wir GRÜNE bereits seit Jahrzehnten erkannt haben: Die Klima- und Biodiversitätskrise spitzt sich immer mehr zu. Wetter- und Temperaturextreme nehmen immer stärker zu, Ökosysteme drohen zu kippen und das Artensterben schreitet ungebremst voran. Diese Entwicklungen bedrohen nicht nur unsere Gesundheit, sondern diejenige des gesamten Planeten – und sie verlaufen noch schneller, als es die Klimawissenschaft bislang erwartet hat.

Gemäss einem Bericht des Forums Biodiversität der Schweizer Akademie für Naturwissenschaften sind 43 Prozent aller in der Schweiz beheimateten Insektenarten und rund die Hälfte der tagaktiven Schmetterlinge vom Aussterben bedroht oder potenziell gefährdet. Dies entspricht in etwa dem gesamtschweizerischen Durchschnitt: Insgesamt sind die Hälfte aller einheimischen Tierarten und ein Drittel der Pflanzenarten bedroht. Die biologische Vielfalt in unserem Land ist akut gefährdet. Das Artensterben ist genauso real wie der Klimawandel.

Die ökologische Wende ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts und dafür braucht die Schweiz einen Klimafonds für einen Green New Deal! Oder mit den Worten von Balthasar Glättli: «Klimakrise und Artensterben hängen eng zusammen. Die Klimaerhitzung beschleunigt das Artensterben und umgekehrt heizt der Verlust der Biodiversität das Klimafieber weiter an. Umso wichtiger ist es, jetzt zukunftsgerichtete Politik zu machen.»

Michael Durrer, Präsident Grüne BL

Bild: pixabay.com/de/photos/natur-garten-wildbienen-5066280/

UNVERZICHTBARES RESERVOIR VON EIGENSCHAFTEN

Nichts ist für die Resilienz der Natur und für eine für die Menschen lebenswerte Umwelt wichtiger, als auf eine möglichst grosse Biodiversität zurückgreifen zu können.

Auf den Rückgang der Biodiversität angesprochen, antwortete mein Professor für Populationsbiologie lakonisch: Viren und Bakterien wird es immer geben. Hinter dieser zynischen Aussage steckt die simple Erkenntnis, dass es die Natur nicht kümmert, ob es Menschen gibt oder nicht. Es liegt weitgehend an uns Menschen, in welcher Umwelt wir und die Generationen nach uns leben wollen.

Wie durchsetzungs- und überlebensfähig gerade Viren sind, davon konnten wir uns in den zwei vergangenen Jahren überzeugen. Gleichzeitig erleben wir, dass ein weniger virulenter Virenstamm, also der Virus selbst, zur Überwindung der Pandemie beitragen kann. Eine Erkenntnis, die wir daraus ziehen könnten, ist, dass die Lösungen für vermeintliche Naturgefahren, welche die Menschheit bedrohen, nicht selten in der Natur selbst zu suchen und zu finden sind. Das Zauberwort für diese Fähigkeit der Selbstheilung heisst «Biodiversität».

Es ist die Biodiversität, die ein riesiges Reservoir von Eigenschaften bereithält, die wir nutzen, um beispielsweise unsere Nahrungspflanzen gegen Krankheiten robust zu machen oder um neue Heilmittel zu entwickeln. Es ist die Biodiversität, die Ersatzpflanzen für Schutzwälder bereithält, die momentan der Klimaerwärmung zum Opfer fallen, und damit Bergsiedlungen rettet. Man könnte diese Aufzählung von Leistungen, welche die Natur für den Menschen tagtäglich erbringt, über viele Seiten weiterführen. Dabei würde immer klarer werden, wie unsäglich kurzsichtig und für das Überleben der Menschheit gefährlich es ist, die Biodiversität zu vernichten und damit den sprichwörtlichen Überlebensast anzusägen, auf dem wir als Menschheit sitzen.

DIE SCHWEIZ MUSS AUFHOLEN

Das Ziel der Biodiversitätsstrategie Schweiz ist es, das Steuer noch in letzter Minute herumzureissen und für die stark bedrängte Biodiversität bis 2030 mehr Platz zu schaffen, indem wir ihr 30 % der Flächen (die landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Schweiz beträgt ca. 36 %) widmen. Ein Ziel, das die Weltgemeinschaft auch auf globaler Ebene verfolgt. Bei der Erreichung dieses Ziels nimmt die Schweiz mit gerade einmal 6 % unter Schutz gestellten Flächen in Europa bisher den traurigen letzten Platz ein. Dies ist auch nicht mit der dichten Besiedelung der Schweiz zu rechtfertigen, da auch Länder wie Holland oder Dänemark mit sogar schlechteren Voraussetzungen besser dastehen. Kurz: die Schweiz muss aufholen – und gehen wir davon aus, dass Biodiversitätsförderung, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung grosse Herausforderungen der Zukunft sind, die einander bedingen, so macht es viel Sinn, hier und jetzt bei der Biodiversität den Hebel anzusetzen.

Als GRÜNE sind wir besonders herausgefordert, auf politischer Ebene einerseits für verbindliche Rahmenbedingungen (neues Instrument des Natur- und Heimatschutzgesetzes) zu sorgen und auf kantonaler und kommunaler Ebene auf die wirksame Umsetzung (Biodiversität in der Raumplanungspolitik stärken) zur Erreichung der Ziele zu pochen (siehe u.a. Biodiversitätsinitiative der Umweltverbände).
Béla Bartha, GRÜNE Riehen

AUCH BASEL-STADT IST IN DER VERPFLICHTUNG

Gerade Städte können wichtige Horte der Biodiversität sein.

Die globale Biodiversitätskrise spitzt sich zu, und nur weil Basel-Stadt ein Stadtkanton ist, kann er sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Im Gegenteil, gerade die hohe Dichte an unterschiedlichen Strukturen und Habitaten für ganz unterschiedliche Lebewesen bedeutet ein im schweizweiten Vergleich hohes Beitragspotenzial. Im Grossen Rat haben die GRÜNEN das Thema geprägt. Die Motion von Thomas Grossenbacher forderte 2018 eine kantonale Biodiversitätsstrategie inklusive einem griffigen Massnahmenplan. Leider hatten wir zu wenig Unterstützung der anderen Parteien und der Vorstoss wurde als unverbindlicherer Anzug überwiesen. Der Regierungsrat berichtete 2020 letztmals dazu und stellte die Veröffentlichung für 2021 in Aussicht. Seither haben wir nichts mehr vernommen. Erfolge konnten wir hingegen bei der Sicherung finanzieller Mittel feiern. Es ist zu hoffen, dass daraus rasch wirkungsvolle Massnahmen werden. Zuerst konnte auf Impuls der GRÜNEN der Mehrwertabgabe-Fonds so weiterentwickelt werden, dass daraus neu auch Gelder zu Gunsten des Umweltschutzes, der Klimaadaption und der Biodiversität gesprochen werden sollen. Und zweitens beschloss der Grosse Rat vor einem Jahr sieben Millionen Franken in Zusammenhang mit dem Biodiversitätsprogramm des Bundes zu Gunsten kantonaler Biodiversitätsmassnahmen für die Jahre 2020 bis 2024. Ein konkretes Beispiel ist die ökologische Weiterentwicklung des Erlenmattparks, die wir kürzlich erfolgreich durch den Rat bringen konnten. Sie sieht Bemühungen zur Vernetzung, Schaffung von Habitaten und zur Vermittlung gegenüber der Öffentlichkeit vor.
Raphael Fuhrer, Grossrat

WAS MACHT DER KANTON BASEL-LANDSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER BIODIVERSITÄT?

Die zentrale Rolle der Siedlungen beim Erhalt von Lebensraum.

Die Naturschutz-Fachstelle des Landkantons ist in der Abteilung Natur und Landschaft am Ebenrain-Zentrum für Landwirtschaft, Natur und Ernährung beheimatet. Ein Hauptpfeiler unserer Arbeit ist die Schaffung neuer und der Unterhalt bestehender Naturschutzgebiete. Ende letzten Jahres hat der Regierungsrat insgesamt über 350 Hektaren in Arisdorf, Füllinsdorf, Liesberg und Liestal neu ins Inventar der geschützten Naturobjekte aufgenommen. Damit sind der Schutz und der zielgerichtete Unterhalt dieser Gebiete dauerhaft sichergestellt. Auf der Website ebenrain.ch könnt ihr unter «Natur» weitere Arbeitsfelder unserer Abteilung entdecken.
Ich möchte hier einen Bereich beleuchten, welchen wir neu im Repertoire haben: den Siedlungsraum. Es gilt, die Siedlung als ökologisch wertvollen Lebensraum zu erhalten. Dazu haben wir ein Unterstützungsinstrument für Gemeinden eingeführt. Dieses besteht aus zwei Komponenten. Erstens: Die Gemeinden lassen ihre Grünflächen von einer Fachperson begutachten, welche Massnahmen formuliert und Prioritäten festlegt. Zweitens: Die Gemeinden setzen diese Massnahmen um. Wir legen hier Wert auf schlanke, aber fundierte Analysen und lenken die Beiträge in die Umsetzung. Wir finanzieren das allerdings mit Bundesgeldern und können nur maximal 40 Prozent der Projektkosten tragen. Viele Gemeinden nehmen das Angebot dankend an und setzen bereits beherzt Massnahmen um. Hier sind Binningen und Sissach zu nennen, wo bereits biodiverse, einheimische und attraktive Grünflächen entstanden sind.
Philipp Franke, Ebenrain-Zentrum für Landwirtschaft, Natur und Ernährung

BIODIVERSITÄT UND KLIMA: MIT DEM KLIMAFONDS SCHÜTZEN WIR BEIDES

Eine Initiative für einen Klimafonds soll die Biodiversität schützen.

An der Delegiertenversammlung in Glarus haben die GRÜNEN Schweiz einstimmig die Klimafonds-Initiative lanciert. Es ist ein wichtiger Schritt, dass die Initiative gemeinsam mit der SP getragen wird. Wir wollen über die Parteigrenzen hinweg mit den progressiven Kräften die Klima- und die Biodiversitätskrise angehen und die ökologische Transformation rasch, entschlossen und sozial gerecht voranbringen.
Doch wie können die GRÜNEN mit dieser Initiative etwas gegen Biodiversitätsverlust tun?
Die Klima- und die Biodiversitätskrise sind eng miteinander verknüpft und verstärken sich gegenseitig. Das zeigen die weltweit exponentiell steigende Aussterberate von Tier und Pflanzen und die steigenden Treibhausgasemissionen. Durch die Klimaerhitzung sind nicht nur die Wasser- und Luftreinhaltung, die Produktion von Nahrungsmitteln oder der Schutz von Lebensräumen gefährdet, sondern eben auch die Artenvielfalt. Beide Krisen werden durch unsere nicht nachhaltige Lebensweise verursacht – Produktion und Konsum übersteigen die Regenerationsfähigkeit der Erde bei Weitem.

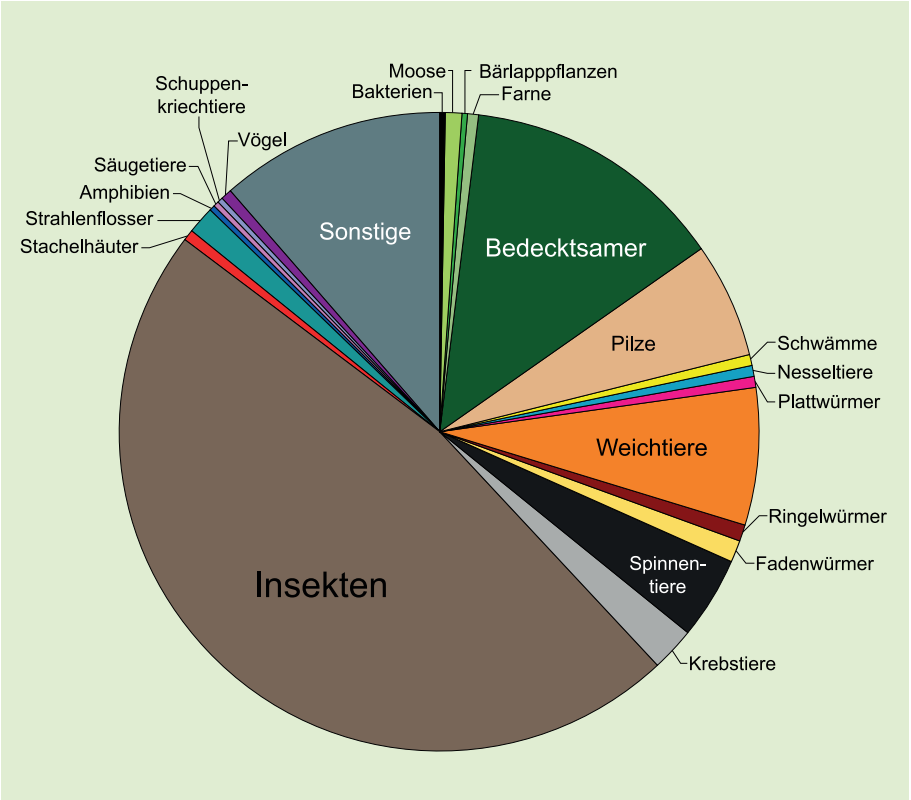
AUF KURS BRINGEN

Seit ihrer Gründung gehören Lösungsansätze zu diesen Problemen zu den Kernkompetenzen der GRÜNEN. Auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene fordern wir seit Jahren, dass der Verbrauch und die Verschwendung von Energie und Ressourcen reduziert werden müssen. Mit dem Volks-Nein zum CO_2-Gesetz oder jüngst mit der Ablehnung der Gletscherinitiave im Nationalrat wurde jedoch einmal mehr die Chance verpasst, die Schweiz auf Kurs zu bringen. Für die Begrenzung der Klimaerhitzung auf unter zwei Grad fehlen aktuell nicht nur die politischen Massnahmen und Gesetze, sondern auch die finanziellen Mittel. Es ist fatal, dass die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens nicht einhält und bloss zu den globalen Trittbrettfahrenden gehört. Und die Zeit drängt. Der neuste IPCC-Bericht bekräftigt es mit erschreckender Klarheit: Die Schweiz steht in der Pflicht und muss handeln!
Durch unsere Initiative bringen wir nun Schwung in die Schweizer Klima- und Umweltpolitik. Mit einem Investitionstopf von bis zu sieben Milliarden pro Jahr soll die Grundlage geschaffen werden, damit die Schweiz ihren Klimaverpflichtungen nachkommt. Der Klimafonds schafft die Möglichkeiten, um Biodiversitäts- und Klimakrise gemeinsam zu bekämpfen und beispielsweise die nötigen Mittel für die Entwicklung neuer Technologien oder für die Ausbildung der nötigen Fachkräfte bereitzustellen.

SOZIAL GERECHT

Der Schutz von Klima und Biodiversität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf den*die Einzelnen abgewälzt werden kann. Mit einem Staatsfonds schaffen wir die Grundlage, diese beiden Krisen gemeinsam und sozial gerecht zu bekämpfen – das ist für mich die grosse Stärke!

Florence Brenzikofer
Vizpräsidentin GRÜNE Schweiz,
Nationalrätin BL



Grafik: Von Gretarsson - Eigenes Werk, CC0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=66427720

Der Artenreichtum aller Klassen von Lebewesen ist unterschiedlich verteilt.

ABSTIMMUNGEN NATIONAL

FRONTEX-REFERENDUM: NEIN ZUR MASSIVEN AUFRÜSTUNG

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) wird seit Jahren ausgebaut und aufgerüstet. Bundesrat und Parlament haben gegen den Willen der GRÜNEN entschieden, dass sich die Schweiz am Ausbau von Frontex beteiligt. Es mag auf den ersten Blick erstaunen, dass die GRÜNEN als klar europäisch ausgerichtete Partei der EU die Unterstützung versagen. Betrachtet man die Vorlage näher, sieht man aber klar, dass sich das Nein nicht gegen die EU richtet, sondern gegen ein rigides Grenzregime, welches die Menschenrechte mit Füssen tritt. Man mag einwenden, dass dies aufgrund der grosszügigen Haltung gegenüber den zahllosen Flüchtlingen aus der Ukraine nicht stimme. Dies ist in diesem Fall glücklicherweise richtig. Geht es aber um jene Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien, die vom weissrussischen Autokraten Lukaschenko mit zahlreichen Flügen an die polnische Grenze «importiert» wurden, sieht die Situation völlig anders aus. Stacheldrahtzäune und Wachhunde verhinderten jegliche Menschlichkeit. Frontex hat dies toleriert und den Grenzpolizeien nur zugeschaut.

NEU 61 MILLIONEN FRANKEN PRO JAHR

Die neueste Weiterentwicklung des Schengen-Abkommens will Frontex massiv ausbauen und aufrüsten. Die Schweiz würde Frontex in Zukunft mit 61 Millionen Franken pro Jahr (statt wie bisher 14 Millionen Franken) unterstützen. Auf Bestreben der europäischen GRÜNEN hin kritisierte das EU-Parlament diesen Ausbau stark und fror einen Teil des Frontex-Budgets ein. Denn Frontex agiert intransparent, vernachlässigt die Achtung der Menschenrechte und schaut bei illegalen, gewalttätigen Praktiken an den Grenzen weg oder ist sogar selbst Teil davon – und muss trotzdem kaum Rechenschaft dafür ablegen.

Lehnen wir diese Vorlage ab, stärkt das die GRÜNEN und andere Kräfte im Europäischen Parlament, die sich gegen das unmenschliche Grenzregime einsetzen, und die EU gerät verstärkt unter Druck, endlich die nötigen Frontex-Reformen für eine Stärkung der Menschenrechte vorzunehmen. Mit einer solchen Neuausrichtung der Migrationspolitik kann die Schweiz der Frontex-Weiterentwicklung in einem zweiten Anlauf zustimmen und bleibt Teil des Schengen-Raums.

Sibel Arslan, Vizepräsidentin GRÜNE Schweiz, Nationalrätin BS

JA ZUM FILMGESETZ

Der Schweizer Filmmarkt ist klein, gute Rahmenbedingungen, eine soziale Absicherung für die Filmschaffenden und eine aktive Kulturpolitik sind für die Vielfalt und die Qualität wichtig. Der Bund ist heute ein bedeutender Förderpartner des Schweizer Films. Eine wichtige Rolle kommt auch den kantonalen Förderstellen sowie der SRG als Koproduzentin von unabhängigen Schweizer Filmen zu. Mit einer Quote für europäische und Schweizer Filme sowie mit einer Investitionspflicht leisten auch Fernsehsender bereits heute einen Beitrag zur Förderung des Schweizer Films.

Dies ganz im Gegensatz zu den grossen internationalen Streaming-Anbietern: Sie erwirtschaften zwar hohe Gewinne, tragen aber nur wenig zur Schweizer Film- und Kinolandschaft bei. Neu sollen auch diese dazu verpflichtet werden, mindestens 30 Prozent europäische Filme anzubieten und vier Prozent ihrer in der Schweiz erwirtschafteten Einnahmen in hiesige Produktionen zu investieren. Ziel der Änderungen sind auch lange Spiesse für die Schweizer

ABSTIMMUNGEN NATIONAL

Filmbranche. Denn die meisten europäischen Staaten kennen bereits heute analoge oder sogar noch weitergehende Regelungen.

FÜR EINEN VERNETZEN KULTURPLATZ

Der grenzüberschreitende Austausch von Ideen ist für die Kultur zentral. Für die Schweiz als kleines, vielsprachiges und mit ihren Nachbarstaaten eng vernetztes Land gilt das ganz besonders. Doch seit der Annahme der Masseinwanderungsinitiative kann die Schweiz nicht mehr an den europäischen Kultur- und Filmförderprogrammen teilnehmen.

Diese Situation ist für die Schweizer Kultur- und Filmschaffenden ähnlich schmerzlich wie der teilweise Ausschluss von Schweizer Forschenden aus «Horizon Europe». Mit dem neuen Filmgesetz wurde die Schweizer Filmförderung nun an jene der Europäischen Union angeglichen. Das ist ein erster, wichtiger Schritt, damit eine Beteiligung der Schweiz am europäischen Kulturförderprogramm «Creative Europe» zukünftig wieder möglich ist.

Oliver Thommen, Grossrat GRÜNE BS

JA ZUM TRANSPLANTATIONSGESETZ – MEHR LEBEN RETTEN

Jede Woche sterben in der Schweiz bis zwei Personen, weil sie keine passende Organspende erhalten. Ende 2021 warteten 1434 Menschen, und nur 587 Transplantationen konnten durchgeführt werden. Die Änderung im Transplantationsgesetz soll helfen, die Spenderate zu erhöhen und mehr Leben zu retten.

Heute gilt für Organspenden in der Schweiz die sogenannte «Zustimmungslösung»: Organe dürfen verstorbenen Personen nur dann entnommen werden, wenn eine dokumentierte Zustimmung für eine Organspende (z.B. Organspendeausweis) vorliegt. Ist dies nicht der Fall, werden die nächsten Angehörigen nach dem Willen der verstorbenen Person gefragt. Viele Angehörige entscheiden sich unter diesen schwierigen Umständen gegen eine Transplantation. Obwohl in Umfragen 80% der Schweizer Bevölkerung einer Organspende zustimmen, haben nur sehr wenige Menschen eine Spendenkarte ausgefüllt. Es besteht also eine grosse Differenz zwischen der grundsätzlichen Spendenbereitschaft und der tatsächlichen Spenderate.

VERNÜNFTIGE LÖSUNG

2019 wurde die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» eingereicht. Das Parlament hat das Anliegen der Initiative mit der vorliegenden Gesetzesänderung aufgenommen. Die «Zustimmungslösung» soll durch eine «erweiterte Widerspruchslösung» abgelöst werden. Wer sich zu Lebzeiten nicht gegen die Organspende ausgesprochen hat, gilt als Organspenderin oder Organspender. Nach wie vor können die Angehörigen einer Organspende widersprechen, falls sie Kenntnis davon haben, dass die verstorbene Person ihre Organe nicht hätte spenden wollen. Und findet sich weder ein Widerspruch noch eine andere Äusserung zur Spendebereitschaft und sind trotz Nachforschungen keine nächsten Angehörigen auffindbar, so dürfen keine Organe entnommen werden. Die «erweiterte Widerspruchslösung» stellt eine vernünftige Lösung dar, die die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Sie gilt bereits in den meisten Nachbarländern der Schweiz.

Das Parlament stimmte der Änderung des Transplantationsgesetzes mit grossem Mehr zu. Auch die GRÜNEN Schweiz sagen klar Ja, damit in Zukunft hoffentlich mehr Leben gerettet werden können.

Maya Graf, Ständerätin BL
(Gesundheitskommission SGK-S)

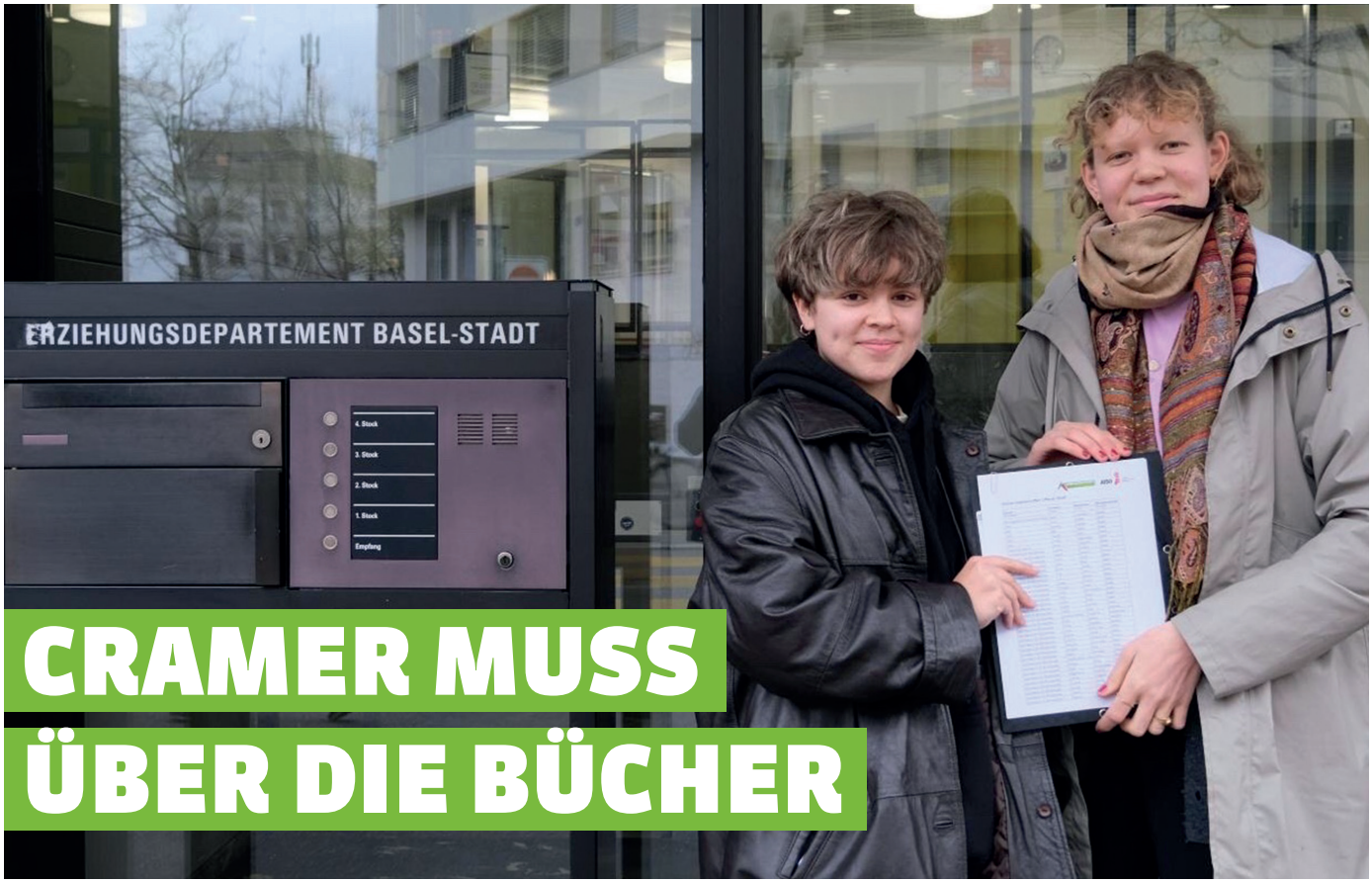
ABSTIMMUNGEN BASELLAND

DAS EXISTENZMINIMUM IST UNANTASTBAR – NEIN ZUM NEUEN SOZIALHILFEGESETZ

Auftrag der Sozialhilfe ist es, die Existenz bedürftiger Personen zu sichern, ihre wirtschaftliche und persönliche Selbständigkeit zu fördern sowie die soziale und berufliche Integration zu gewährleisten. Die materielle Grundsicherung ist Teil dieses Auftrages. Ziel ist die Wahrung der Menschenwürde.
Die geplante Revision des Sozialhilfegesetzes überschreitet eine rote Linie: Zukünftig soll der Grundbedarf nach zwei Bezugsjahren um 40 Franken gekürzt werden. Der Grundbedarf wird von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zur Sicherung der sozialen Existenz festgelegt. Mit 997 Franken pro Monat liegt dieser in Baselland bereits heute unter der Empfehlung der SKOS.
Eine Sozialpolitik, die davon ausgeht, dass die Ursache von Armut bei den Menschen selbst liegt, führt zu Stigmatisierung. Die geplante Kürzung des Grundbedarfs impliziert, dass Armutsbetroffene ihre Situation selbst verschuldet haben, arbeitsunwillig sind und deshalb bestraft werden müssen. Das ist nicht vertretbar.
Michael Durrer, Präsident
GRÜNE Baselland

JA ZUR ANPASSUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE OMBUDSPERSON

Die Ombudsperson ist eine Stelle der kantonalen Administration, die im Interesse des guten Verwaltungshandelns arbeitet. Bei Schwierigkeiten oder vermuteten Fehlern im Kontakt mit Behörden und Verwaltungsstellen kann man sich an sie wenden. Die Ombudsperson vermittelt und unterstützt im Interesse eines rechtmässigen, ordnungsmässigen, aber auch verständlichen, transparenten und hinnehmbaren Vorgehens.
Vernünftig ist die vorliegende Änderung der Kantonsverfassung deshalb, weil sie die Bestimmungen über die Unvereinbarkeit des Amtes mit privaten Tätigkeiten aufdatiert: Früher war eine absolute Unvereinbarkeit mit nahezu jeder anderen Tätigkeit vorgesehen. Heute, wo zwei Personen das Amt je zu 50 Prozent bekleiden, ist diese Regelung nicht mehr zielführend. Die Unvereinbarkeit wird im Gesetz nach wie vor detailliert geregelt, und auf Verfassungsstufe bleibt der Verweis auf diese Regelung im Gesetz. Die Ombudsperson bleibt damit immer noch absolut unabhängig in ihrer Stellung und die Freiheit von Interessenskonflikten gewahrt. Zusätzlich werden sämtliche Bestimmungen zur Ombudsperson (vorher: Ombudsman und Ombudsfrau) neu genderneutral formuliert.
Bálint Csontos, Landrat



CRAMER MUSS ÜBER DIE BÜCHER

Eine Interpellation von GAB-Grossrat Oliver Bolliger, eine inakzeptable Antwort der Regierung und zwei entrüstete und engagierte Jungparteien bilden die Protagonist*innen dieser kleinen Polit-Geschichte.

Es begann am 12. Januar 2022, als Oliver Bolliger eine Interpellation betreffend Schlussfolgerungen aus der «Swiss Corona Stress Study» einreichte. Einen Monat später wurde die Antwort des Regierungsrats veröffentlicht, in der steht, dass keine Massnahmen ergriffen würden. Unter anderem fand sich in der Beantwortung folgender Satz: «Sich in einem unpassenden Bildungsgang zu befinden oder diesen anzustreben, generiert nachvollziehbarerweise Stress, unabhängig von der temporären Corona-Situation, die erschwerend dazu kommt.»

Die beiden Jungparteien jgb und JUSO hatten davon natürlich auch Wind bekommen. Die Regierungsratsantwort landete in den beiden Vorstands-Chats und mit ihr die Empörung. Diese Antwort missachtete die Situation von zahlreichen Schüler*innen und Studierenden. Die meisten von ihnen sind selbst noch Schüler*innen oder hatten die Pandemie noch in der Schule erlebt. Welche psychischen Belastungen das bedeutete, hatten sie am eigenen Leib erlebt. Für sie stand fest, dass etwas getan werden muss.

DRUCK AUF CRAMER WIRKTE

Anschliessend ging alles sehr schnell. Das jgb entschied sich für einen offenen Brief an Regierungsrat Conradin Cramer, und die JUSO war einverstanden. Noch am selben Tag wurde er verfasst und eine Medienmitteilung geschrieben. Von da an ging es um das Unterschriftensammeln bei den Schüler*innen. Der Erfolg war bemerkenswert: Über 300 Schüler*innen aus ganz Basel-Stadt unterschrieben den offenen Brief innerhalb von zehn Tagen. Ein Beitrag bei Telebasel sowie eine Einblende im Telebasel Talk mit Regierungsrat Cramer folgten.

Zum Schluss übergaben vier Vertreterinnen der beiden Jungparteien die Unterschriftenbögen persönlich im Erziehungsdepartement und wurden zu einem Gespräch eingeladen. Conradin Cramer gab dabei zu, dass die Antwort auf die Interpellation «unglücklich formuliert» gewesen sei, und sprach sich für Unterstützung der betroffenen Jugendlichen aus.

Nun sind das jgb und die JUSO gespannt, ob sich daraus Veränderungen entwickeln, und erhoffen sich für die betroffenen Schüler*innen ein gutes Ende.

Schon seit Beginn der Pandemie setzt sich das jgb für die Unterstützung Jugendlicher mit psychischer Belastung ein. Mit dieser Aktion nach #vergesstunsnicht haben wir gezeigt, dass wir dranbleiben und auch in Zukunft nicht lockerlassen.

Helma Pöppel, Vorstand jgb

WEG VOM ÖL – NÖTIGER UND DRINGENDER DENN JE!

Wir wissen es seit dem Club of Rome und der Ölkrise 1973: Wir sollten weg von Öl und fossilem Gas. Die Klimadiskussion hat das noch einmal akzentuiert, und gerade jetzt sehen wir wieder, wie massiv und gefährlich die entstandenen Abhängigkeiten auch aus Versorgungssicht sind. Die Nordwestschweizer Regierungen haben unter Baselbieter Federführung 2021 eine Klimacharta unterzeichnet, worin sie sich den Zielen von Paris und der Bundesstrategie verpflichten. Die Baselbieter Regierung hat bereits im Januar konkrete Massnahmenvorschläge unterbreitet. Mitunter, dass beim Neubau und Heizungsersatz (in der Regel) keine neuen fossilen Heizungen mehr eingebaut werden dürfen. Obwohl vielerorts in der Schweiz bereits in Kraft oder vorgesehen, werden wir bereits bei diesen moderaten Vorschlägen noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Beispiele aus vielen anderen Kantonen mit Unterstützung aller Parteien bis hin zur FDP machen aber Mut!

Isaac Reber, Regierungsrat

JAHRES-MV GRÜNE BASELLAND

An ihrer Jahres-MV vom 25. März 2022 haben die GRÜNEN Baselland Präsidium und Vorstand gewählt: Der amtierende Präsident Michael Durrer wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso die bisherige Vizepräsidentin Erika Eichenberger und der gesamte Vorstand der GRÜNEN Baselland. Laura Grazioli stellte sich als Vizepräsidentin nicht mehr zur Wahl und wurde mit den besten Wünschen aus Präsidium und Geschäftsleitung verabschiedet. Wir danken Laura für ihr Engagement und freuen uns, dass sie uns als Landrätin, Präsidentin der Finanzkommission sowie als wertvolles Parteimitglied erhalten bleibt.

GRÜNE Baselland

KLIMASCHUTZINITIATIVE – KEIN RÜCKSCHRITT FÜR DEN KLIMASCHUTZ IM BASELBIET

Für unsere Klimaschutzinitiative haben wir GRÜNE Baselland die aufwendigste und innovativste Kampagne unserer Geschichte gefahren. Entsprechend gross war die Enttäuschung darüber, dass dies von der Stimmbevölkerung nicht gewürdigt und die Initiative mit 64 Prozent abgelehnt wurde. Und doch haben wir neben der inhaltlichen Diskussion mit dem Projekt unser wichtigstes Ziel erreicht: In einer Kampagne neue Wege zu gehen, Werkzeuge und Strategien in verschiedenen Feldern auszutesten, eine breite Gruppe von Menschen für ein grünes Thema zu mobilisieren und dadurch wichtige Erfahrungen für die kommenden Wahlen 2023 zu sammeln. Inhaltlich hat die Diskussion dazu verholfen, dass die bürgerlichen Parteien jetzt in der Bringschuld stehen, was eine gute Ausgangslage für die erfolgreiche Behandlung der von unserem Regierungsrat Isaac Reber angestossenen Klimaschutzmassnahmen im Landrat darstellt. Unsere Energie werden wir nun bündeln, um diese wichtigen Massnahmen wie ein Einbauverbot neuer fossiler Heizsysteme im Kanton umzusetzen und bei den kommenden Wahlen unsere Rekordresultate aus dem Jahr 2019 zu bestätigen. Vielen Dank für eure Unterstützung – bei der vergangenen Abstimmung, aber vor allem bei diesen wichtigen Entscheiden im kommenden Jahr!

Dominik Beeler, Kampagnenleiter KSI

GRÜNWÄRTS DIGITAL

Du erhältst das Grünwärts als Mitglied oder Sympathisant*in der Grünen Baselland und möchtest das Heft zukünftig lieber digital zugeschickt kriegen? Dann schreibe uns eine kurze Notiz an info@gruene-bl.ch. Gerne stellen wir dir das Grünwärts elektronisch zur Verfügung.

GRÜNE Baselland

INITIATIVE FÜR DIE SANIERUNG DER DEPONIE MAIENBÜHL

Im September 2021 beantragte der Riehener Gemeinderat dem Einwohnerrat, einen Vorstoss zu Maienbühl und dem Reservat Autal nicht zu überweisen. Der Einwohnerrat folgte dem Antrag mit Stichentscheid des Präsidenten des Einwohnerrats. Untersuchungen und die Wiederaufnahme von Messungen der Schadstoffbelastungen im Gebiet der Deponie und im abfliessenden Quellwasser wurden damit verhindert.
Daraufhin bildete sich ein Initiativkomitee aus den Parteien SP, EVP, GRÜNE, glp und BastA! sowie den Umweltverbänden Greenpeace, pro natura, Ökostadt Basel und WWF. Die Initiative verlangt die risiko- und verursachergerechte Sanierung der mit Giftstoffen belasteten Deponien innerhalb von zehn Jahren (Unterschriftenbogen liegt bei).

UNGEWISSER ZUSTAND DER DEPONIE
Seit den 1940er Jahren wurden Abfälle wie Hauskehricht, Industrieabfälle und pharmazeutische Abfälle im ehemaligen Steinbruch Maienbühl deponiert. Aufzeichnungen über Inhalte der abgeladenen Fässer wurden keine erstellt. Der Zustand der Fässer ist unbekannt. Regen löste über Jahrzehnte diverse Stoffe aus und spülte sie ins Sickerwasser. Umfangreiche Untersuchungen auf Grundlage der Altlasten-Gesetzgebung ergaben, dass aus der Deponie Schadstoffe über die mit einer Grundwasser-Schutzzone belegte hintere Auquelle ausgetragen werden.
Die Quelle speist das Naturreservat Autal, ein Amphibienschutzgebiet von nationaler Bedeutung. Das Wasser fliesst abwärts in Richtung Lange Erlen, wo das Grundwasser angereichert wird, das der Trinkwasserversorgung des Kantons dient.
Die Fassung der Quelle ist in die Jahre gekommen und defekt. Dies veranlasste den Gemeinderat, die Quelle aus der Notwasserversorgung Riehens herauszulösen und damit die Auszonung aus dem Grundwasserschutzgebiet zu veranlassen.
Komitee Maienbühl

RIEHEN: FRAKTIONSSTÄRKE TROTZ GUTEM ERGEBNIS VERPASST

Das Grün-Alternative Bündnis konnte bei den Riehener Gemeindewahlen seinen Anteil auf 6,3 Prozent steigern. 13 zusätzliche Listen hätte es für einen zusätzlichen Sitz im Einwohnerrat gebraucht. Gewählt wurden Cornelia Birchmeier Resch und Béla Bartha, wobei der bisherige Mike Gosteli den Sitz von Letzterem übernehmen wird (siehe letzte Seite).
Die Jungen Grünen Noah Weber und Xenia Hunter belegten den 2. und 3. Nachrückendenplatz. In der nächsten Zeit heisst es, die Lokalgruppe weiter aufzubauen und unsere beiden Einwohnerrät*innen bei ihrer Politik zu unterstützen, so dass wir in vier Jahren wieder als Fraktion vertreten sind.
Béla Bartha hat einen engagierten Wahlkampf geleistet und wurde mit einem guten Ergebnis bei den Gemeinderatswahlen belohnt. Von Mitte-Links wurden im ersten Wahlgang Guido Vogel und Christine Kaufmann gewählt, die im 2. Wahlgang das Gemeindepräsidium holte. Im Wahlgang am 24. April will Daniele Agnolazza den dritten Gemeinderatssitz für die Allianz aus SP, EVP und GRÜNEN holen.
Benjamin van Vulpen,
Co-Präsident GRÜNE BS

AMTSANTRITT ALS GROSSRATSPRÄSIDENTIN

Mit meinem Amtsantritt als Grossratspräsidentin nahm ich an den Februarsitzungen eine neue Perspektive ein. Es ist eine grosse Ehre, in die Gesichter der vielen engagierten Parlamentsmitglieder zu schauen und mit ihnen die anstehende Arbeit des kommenden Jahres anzugehen. Nicht immer gleich einfach ist es, bei den teilweise hitzigen Diskussionen nicht mitvotieren zu können, vor allem dann, wenn die GRÜNEN als Partei oder die jungen Menschen «angegriffen» werden. Wie beispielsweise zuletzt bei der umstrittenen Vorlage zur Umgestaltung des Rümelinplatzes. Mit meinem neuen Amt kommen auch viele wirre und spassige Momente im Rat dazu, wenn beispielsweise Tanja Soland als Plakathalterin einem votierenden Ratsmitglied zu Hilfe eilt oder aber Special Effects wie künstlicher Autolärm die Voten untermalen. Gerade in Zeiten wie jetzt, wo destruktive Kräfte unsere demokratischen Werte bedrohen, bin ich stolz und dankbar, für die Grüne Bewegung die Stimmung und die Debatten im Grossen Rat leiten und steuern zu können und das diverse Parlament bei der Bevölkerung zu repräsentieren.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin

WECHSEL IM GROSSEN RAT

Wegen einer Stelle ausserhalb der Region Basel zieht sich Marianne Hazenkamp-von Arx per Ende April aus dem Grossen Rat zurück, wo sie die GRÜNEN in der Bildungs- und Kulturkommission vertrat. Vor ihrem Grossratsmandat war sie fast 17 Jahre Einwohnerrätin in Riehen.

Den Platz von Marianne Hazenkamp-von Arx wird ab Mai Béla Bartha einnehmen. Der 59-jährige Béla Bartha ist Biologe und leitet seit über 19 Jahren die Geschäfte von ProSpecieRara. Weil er nun in den Grossen Rat nachrückt, wird er das Amt als Einwohnerrat nicht antreten. Somit rückt Mike Gosteli (BastA!) wieder in den Einwohnerrat nach.

Oliver Thommen, Geschäftsführer GRÜNE BS

SIBEL ARSLAN VIZE-PRÄSIDENTIN GPS

Im März wurden neu Sibel Arslan und Julia Küng als Vize-Präsidentinnen der GRÜNEN Schweiz gewählt. Erneut ins Vize-Präsidium gewählt wurden die Bisherigen Florence Brenzikofer, Isabelle Pasquier-Eichenberger, Franziska Ryser und Nicolas Walder. Parteipräsident bleibt Balthasar Glättli. Wir gratulieren allen Gewählten!

Benjamin van Vulpen, Co-Präsident GRÜNE BS

ABSCHIED

Anna Hirt, welche als Strafrichterin in Basel-Stadt für uns amtierte, ist leider verstorben. Sie wird uns als allzeit engagiertes Mitglied in Erinnerung bleiben.

VELOINITIATIVE LANCIERT

Die Velorouten auf dem «Teilrichtplan Velo» existieren noch immer meist nur auf dem Papier. Ein überparteiliches Initiativkomitee will mit der Initiative die Velo-Sicherheit endlich verbessern. Neu sollen vortrittsberechtigte Velo-Vorzugsrouten entstehen und gefährliche Verkehrsknoten sollen behoben werden. Zur Finanzierung der Massnahmen ist ein Velo-Fonds vorgesehen. Der Unterschriftenbogen liegt bei.

Raffaela Hanauer, Co-Präsidentin GRÜNE BS

LESETIPP: EU IM WANDEL

Nach zwei verheerenden Weltkriegen sehnten sich die Menschen in Europa nach Frieden. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und vertraglich abgesicherte Kooperation zwischen Nationalstaaten sollten die Grundlage dafür schaffen. Im Laufe der Zeit wurde aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die EU. Aktuell ist die Union ein Mischwesen, bestehend aus den in ihr miteinander verbundenen Nationalstaaten und den Ansätzen eines eigentlichen Bundesstaates. Letztere haben in den vergangenen Jahren zusehends an Gewicht gewonnen. Treibende Faktoren dieses Prozesses waren, wie der niederländische Historiker Luuk van Middelaar aufzeigt, diverse Krisen (angefangen bei der Finanzkrise bis zur Corona-Pandie), auf welche gemeinsame Antworten gefunden werden mussten. Der Krieg in der Ukraine wird zu weiteren Veränderungen der EU führen. Er ist im Buch allerdings kein Thema. Die kleine Schrift ging Monate, bevor Putin den Ukraine-Krieg auslöste, in den Druck.

Martin Stohler, Redaktion

Luuk van Middelaar: Das europäische Pandämonium. Edition Suhrkamp, 2021. 201 Seiten.

PAROLEN 15. MAI 2022

EIDGENÖSSISCH
Nein zum Frontex-Ausbau
Ja zum Transplantationsgesetz
Ja zum Filmgesetz

BASEL-STADT
Keine Abstimmung

BASELLAND
Nein zum Sozialhilfegesetz
Ja zur Ombudsperson

AGENDA

1. Mai: Kundgebung & Fest, Kaserne BS

12. Mai: Veranstaltung Parking Tschudimatte

14. Mai: Kidical Mass, Claramatte BS

18. Mai: Lokalgruppe Riehen

21. Mai: Workshop Digitalisierung BS

11. Juni: Lokalgruppe Ost

28. Juni: MV GRÜNE BS

14. August: Sommerfest BastA!, GRÜNE BL & BS, jgb

DAS LETZTE

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur viel Bestürzung und Solidarität ausgelöst, sondern auch endlich die Schwachstellen der aktuellen Sicherheitspolitik in Europa offengelegt, friedens-, energie- und demokratiepolitisch. Es braucht die GRÜNEN deshalb umso mehr. Darum hier eine To-do-Liste für deine Vorsommerplanung:

- Spende für Kriegsopfer: zum Beispiel unter WithUkraine.ch
- Demonstriere: Info auf unserer Website
- Raus aus den fossilen Energien: Informiere dein Umfeld über unsere Vorstösse oder bringe deine eigenen Ideen bei uns ein!